

Mehr Markt statt mehr Demokratie

HANS RENTSCH * • Juli 2017



Anfang Mai 2017 traf ich einen alten Schulfreund – Hochschulabschluss in Biologie, Weiterbildung an der Kaderschmiede INSEAD, in verschiedenen Funktionen und Positionen in der Wirtschaft tätig, nun seit längerem im Ruhestand. Im Verlauf des Treffens kamen wir auf die damals bevorstehende Volksabstimmung vom 21. Mai über die Energiestrategie 2050 zu sprechen. Ich empfahl ihm, beim Referendum über das kostspielige planwirtschaftliche Energiegesetz auf jeden Fall gegen die Vorlage zu stimmen. Darauf meinte er ohne eine Sekunde zu überlegen: «Ich werde sicher nicht nein stimmen, ich werde doch nicht Blocher zu einem Abstimmungssieg verhelfen!»

So sieht also das primäre Abstimmungsmotiv eines gebildeten Schweizer Stimmbürgers aus! Er hatte sich einige Tage zuvor die Abstimmungssendung «Arena» am Schweizer Fernsehen angesehen und meinte in unserem Gespräch, er sei nun nicht klüger als zuvor und wisse nicht, welche Seite recht habe. Darauf riet ich dem Schulkameraden, dieses Mal gar nicht zu stimmen, denn das sei für einen Unentschiedenen wie ihn, dazu ohne vertiefte Kenntnis der Fakten zur Energievorlage, die einzig rationale und auch ethisch korrekte Entscheidung. Das wollte er aber gerade nicht, im Gegenteil. In einem Mail zählte er mir danach alle Gründe auf, weshalb er den Politiker Blocher nicht mag. Das hatte zwar mit der Abstimmung vom 21. Mai sachlich nichts zu tun, aber die Abstimmung lieferte meiner realen anekdotischen Figur eine Gelegenheit, ihre persönliche Abneigung gegen einen ungeliebten Politiker auszudrücken. Es fühlte sich gut an, dazu beitragen zu können, dass Blocher und seine Partei die Abstimmung verlieren. Diese Haltung ist doppelt irrational. Erstens spielen Sachargumente keine Rolle, und zweitens ignoriert sie die Tatsache, dass eine einzelne Stimme für das Endergebnis praktisch null Gewicht hat. Sie konnte den Ausgang der Abstimmung nicht «gegen Blocher» kippen lassen.

Was ich hier schildere, ist zwar bloss eine persönliche Anekdote. Das bedeutet aber nicht, dass sie sich als anekdotischer Einzelfall abtun lässt. So wie mein früherer Schulkamerad im Energie-Referendum «gegen Blocher» stimmen wollte, verhielten sich viele andere Menschen auch. Die ominöse Konstellation «Alle gegen die SVP» sorgte für eine überdeutliche Zustimmung zum Energiegesetz und zu einer zu energiewende-freundlichen Fehlinterpretation des Ergebnisses in Politik und Medien. In

* Der Autor ist Ökonom und freischaffender Wirtschaftspublizist. Er war von 2001 bis 2010 als Projektleiter und Autor im Auftrag von Avenir Suisse tätig. Im Februar 2017 erschien im Verlag NZZ Libro sein Buch *Wieviel Markt verträgt die Schweiz?*, das am Liberalen Institut am 27. Februar 2017 vorgestellt und besprochen wurde.

der üblichen Nachbefragung zum Urnengang wird diese sachlich dürftige Begründung allerdings kaum erscheinen, denn dort versuchen die Befragten regelmässig, solche emotionalen Abstimmungsmotive hinter rational klingenden oder moralisch nicht anfechtbaren Argumenten zu verbergen.

Demokratie als Religionsersatz

Dieses persönliche Erlebnis verführte mich zu einer ketzerischen Frage: Warum hat die Stimme meines früheren Schulkameraden, einer zum Abstimmungsthema höchst oberflächlich informierten Person ohne klare Meinung, stattdessen geleitet von emotionalen Abstimmungsmotiven, dasselbe Gewicht wie meine eigene Stimme? Seit Jahren beschäftige ich mich als Ökonom aus professionellem Interesse mit der Energie- und der Klimapolitik. Mein ehemaliger Schulkamerad dagegen hat ausser dem Aufwand, die mässig informative TV-Sendung «Arena» zur Abstimmung zu verfolgen, keine weiteren Anstrengungen unternommen, um sich aufgrund von Sachargumenten eine Meinung bilden zu können.

Als ich einige Tage später, an einem regnerischen Sonntagmorgen, beiläufig den Fernseher einschaltete, erhielt ich unerwartet akademische Unterstützung. Der US-amerikanische politische Philosoph und Politikwissenschaftler Jason Brennan sprach am Schweizer Fernsehen über sein Buch *Against Democracy*. Das Buch ist ein Aufruf gegen die Mystifizierung der Demokratie. Brennan spricht darin von einer «Pathologie der Demokratie». Seine Diagnose formuliert er radikal: «Democracy is the rule of the people, but entices people to be their worst.» Und weiter: «When it comes to politics, smart doesn't pay, and dumb doesn't hurt.» Und weshalb ist das so? Gemäss Brennan wegen der geheiligten Demokratieförmel «eine Person, eine Stimme». Die Demokratie sei zur offiziellen Religion des Westens geworden.

In der Schweiz wird die direkte Demokratie mit besonders hoher Inbrunst verehrt. Gemäss allgemeiner Auffassung müssen wir in der Schweiz unser bestehendes politisches System nicht mehr rational begründen, es ist zum Selbstzweck geworden. Indem wir jährlich drei bis vier Mal das Ritual der Volksabstimmung zelebrieren, fühlen wir uns als etwas Besonderes – ein auserwähltes Volk, das politisch mehr von dem hat, was alle anderen auch möchten. Und trotzdem gibt es noch Forderungen und Trends zu «mehr vom Gleichen». Gemäss dem Zürcher Ökonomen Bruno S. Frey haben die direkten Volksrechte über ihren symbolischen Eigenwert hinaus noch die Wirkung, dass sie die Menschen glücklicher machen – wahrscheinlich in einer Art von Selbsthypnose. Freys Befund passt gut zu den Ergebnissen aus Umfragen, die zeigen, dass religiöse Menschen glücklicher sind als Nichtgläubige.

Der verbreitete Glaube an die politische Mitbestimmung des Einzelnen in der Demokratie hat tatsächlich etwas Irrationales. Die einzelne Stimme hat selbst in einem kleinen Land wie der Schweiz bei Abstimmungen mit jeweils zwei bis drei Millionen aktiv Stimmenden keinen Einfluss. Diese Tatsache bringt Brennan wie folgt auf den Punkt: «Democracy empowers the majority, but it does not empower any of the individuals who form that majority.»

Von der Weisheit des Stimmvolks

In meinem im Februar 2017 erschienenen Buch *Wieviel Markt verträgt die Schweiz?* schrieb ich, in der Schweiz grenze es an Blasphemie, an der Mündigkeit des Stimmvolks zu zweifeln. Brennan hat diesbezüglich keine Hemmungen, denn die folgende polemisch zugespitzte Aussage ist empirisch belegt: «When it comes to political information, some people know a lot, most people know nothing and many people know less than nothing.» «Weniger als nichts» heisst, statt zuzugeben, dass sie nichts wissen, vertreten diese Menschen eine Irrmeinung, oft aufgrund von Vorurteilen. Vorurteile sind schlimmer als nichts zu wissen, denn Unwissen ist im Prinzip durch Bildung und Aufklärung heilbar. Dagegen sind Leute mit Vorurteilen gegen Aufklärung durch Sachargumente häufig immunisiert, vor allem dann, wenn das betreffende Thema ideologisch oder moralisch aufgeladen ist und diffuse Ängste auslöst. Man denke nur an die Flüchtlings- und Migrationspolitik, die moraltriefende Umwelt- und Klimadebatte, die Energiepolitik mit der stigmatisierten Kernenergie, die Grüne Gentechnik oder viele Bereiche der Sozialpolitik.

In der Schweiz hört oder liest man immer wieder pauschal von der Weisheit des Stimmvolks. Es gibt aber kein weises Stimmvolk, sondern nur mehr oder weniger gut informierte Wähler. In den verschiedensten Artikeln, Abhandlungen, Essays oder sonstigen Verlautbarungen von Leuten mit politischer Expertise bin ich schon auf ähnlich ernüchternde Einschätzungen gestossen, wie jene von *NZZ*-Journalist Hansueli Schöchli, der im Hinblick auf die Volksabstimmung zur Rentenreform im September 2017 geschrieben hatte: «Die Sache wird hässlich werden. Von hüben wie von drüben ist viel Unsinn zu erwarten – denn wer es riskiert, dem Volk reinen Wein einzuschenken, muss mit einer Abfuhr rechnen.» Recht hat er, aber er suggeriert damit unwillentlich noch etwas anderes: Gäbe es ein weises Stimmvolk aus politisch interessierten Menschen, würde sich dieses den reinen Wein individuell auch selber einschenken. Aber genau das geschieht offenbar nicht.

Aufgrund der politikwissenschaftlichen Forschung über das Wählerverhalten in den USA fällt Brennan über die Weisheit des Wahlvolks ein unerbittliches Urteil: «Voters are not informed to vote sensibly.» Es gäbe deshalb eine moralische Pflicht der meisten, nicht stimmen oder wählen zu gehen. Eine so begründete Stimmabstinnenz hatte ich meinem alten Schulfreund geraten. Brennan verallgemeinert dies zur provokativen Frage: Mit welcher Begründung lässt sich das gleichwertige Stimmrecht jeder einzelnen Person, unabhängig von ihrem politischen Wissensstand, rechtfertigen? Sicher nicht durch eine erfolgreiche Politik zum Wohl der ganzen Gesellschaft, meint Brennan, denn die Politik vieler westlicher Demokratien habe in den letzten Jahren statt Erfolge ausgiebig Krisen produziert, die Gesellschaft polarisiert und den Aufstieg von rechtspopulistischen Strömungen gefördert. Diese Bewegungen seien von schlecht informierten Wählern getrieben und von jenen Politikern, welche sich diese Strömungen zunutze machen.

Allerdings fehlen in unseren Demokratien die Anreize, sich politisch gut zu informieren. Zur Motivation des Einzelnen, sich auf Wahlen und Abstimmungen hin mit

Sachargumenten zu beschäftigen und mit anderen zu debattieren, meint Brennan, die einzelne Stimme produziere dasselbe Ergebnis, egal ob man sich vorher gut informiert habe oder ob man einfach eine Münze werfe oder unter Drogen abstimme. Er kritisiert auch die verbreitete Idealisierung der deliberativen Demokratie. Diese setze auf die Offenheit der Menschen für Argumente der Gegenseite, was illusionär sei. «...most citizens disregard any information that contradicts their current ideology.» Deliberative Demokratie führe nachweislich sogar zu einer Polarisierung.

Diesen Eindruck erhält man auch durch die wöchentliche konfrontative Politse-
ndung «Arena» des Deutschschweizer Fernsehens, die jeweils am Freitagabend die politischen Widersacher zu aktuellen Themen «pro» gegen «kontra» antreten lässt. Man hat es kaum je erlebt, dass jemand von den Streitparteien sich offen für Argumente der Gegenseite gezeigt hätte. Die Fronten verhärten sich oft im Verlauf der Sendung. Wenn schon die Teilnehmer alles daran setzen, ihre unverrückbaren Positionen zu verteidigen, wie reagiert dann das Publikum? Holen sich die Leute nur die Bestätigung für das, was sie ohnehin schon glauben? Oder werden sie, falls die Konfrontation der Argumente nur Verwirrung stiftet, durch Sympathie-Antipathie-Faktoren oder andere sachfremde Aspekte beeinflusst? Es wäre jedenfalls nützlich, einmal sorgfältig zu untersuchen, wie die Meinungen des Publikums durch diese seit ewigen Zeiten laufende konfrontative Sendung beeinflusst werden.

«Expressive voting»

Was mein alter Schulfreund und viele andere Leute im Referendum zum Energiegesetz betrieben, ist ein Musterfall von «expressive voting», wie solches Abstimmungsverhalten in der polit-ökonomischen Literatur genannt wird. Mithilfe dieses Denkansatzes lässt sich erklären, weshalb sich die Leute überhaupt an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Man äussert sich nicht einfach zur Sache an sich, sondern benützt eine Wahl oder eine Abstimmung, um aus der Teilnahme emotionalen Gewinn zu ziehen. Das Grundproblem liegt darin, dass die Demokratie keinen Anreiz zu rationalem Wählerverhalten bietet. Brennan meint sogar, eher sei das Gegenteil der Fall.

Auch der US-amerikanische Ökonom Bryan Caplan thematisiert die Problematik des «expressive voting». Weshalb ist das schlecht? Gemäss Caplan nimmt der Einzelne, der «expressive voting» betreibt, negative Externalitäten in Kauf, nur um seine Emotionen zu befriedigen. Wenn er oder sie damit eine schlechte Politik unterstützt, trifft diese, sofern sie sich durchsetzt, nicht nur ihn oder sie selbst, sondern auch alle anderen. Auch für Brennan ist dieses Externalitätenproblem einer der Hauptmängel kollektiver Willensbildung in Wahlen und Abstimmungen: «The right to vote is not like other liberal rights. A right of free speech gives a citizen power over herself; the right to vote gives her power over others.»

Sowohl Brennan als auch Caplan leiten aus ihren Überlegungen unpopuläre Folgerungen ab. Zum Beispiel halten sie es für falsch, die Stimm- und Wahlbeteiligung durch Anreize oder Zwang zu erhöhen. Denn wenn damit vor allem typische Nichtwähler mobilisiert würden, seien das mehrheitlich politisch schlecht informierte Leute,

die eher eine schlechte Politik unterstützen würden. Eine moralische Pflicht zur Stimm- oder Wahlbeteiligung gebe es ohnehin nicht. Brennan ist wie erwähnt besonders radikal. Leute, die politisch inkompetent sind, hätten eigentlich eine moralische Pflicht, sich nicht an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Das Problem ist allerdings, dass die Menschen ihre eigene politische Kompetenz in einer Selbstbeurteilung wohl kaum so einschätzen würden, dass daraus die Erfahrungswerte gemäss Brennan resultieren würden: Einige wissen politisch viel, die meisten wissen nichts, und viele wissen weniger als nichts.

Nun scheint es aber in den demokratiekritischen Argumentationen von Brennan und Caplan einen unterbelichteten Aspekt zu geben. Die politische Teilnahme des Einzelnen an demokratischen Kollektiventscheidungen ist nicht nur als irrationaler Akt zu begreifen. Sicher empfindet eine grössere Zahl von Menschen die demokratische Beteiligung als moralische Bürgerpflicht. Wenn ich schon das Recht habe zu wählen oder abzustimmen, dann sollte ich dieses Recht auch ausüben. Denn wenn alle gleich denken würden wie der Typus des rationalen Nichtwählers, ginge niemand stimmen, und das würde die Demokratie ad absurdum führen. Ein rationales Motiv des wahlpolitisch aktiven Bürgers liegt somit in der Überlegung, dass sich durch jede zusätzliche einzelne Stimm- oder Wahlabstinz das Gewicht der Stimmen der Wählenden erhöht. Die Rationalität solchen Verhaltens entspringt einer Art von kategorischem Imperativ: Ich verhalte mich so, dass mein Verhalten einer allgemeinen Regel entspricht, die andere auch befolgen sollen. Im Vertrauen darauf oder gar im Wissen, dass andere auch so denken, entschliesse ich mich zur aktiven Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen, obwohl meine Stimme praktisch nichts wiegt.

Vorurteile gegen den Markt

Nach der radikalen Kritik von Caplan und insbesondere Brennan an demokratischen Systemen ist man versucht, mit dem berühmten Bonmot von Winston Churchill dagegen zu halten: «Democracy is the worst form of government, except all those other forms that have been tried from time to time.» Churchills nüchterne Sicht der Demokratie hebt sich wohltuend ab von den rituellen Lobgesängen aus dem Mund von Politikern oder gar aus wissenschaftlicher Quelle. Doch Caplan kritisiert, Churchill übergehe die Tatsache, dass die Alternative zur Demokratie nicht irgendein autoritäres System sei, sondern der Markt. Der Markt stelle die grundsätzliche Alternative zu Staat und Politik dar. Statt auf Zwang und Kollektiventscheidungen zu beruhen wie die Politik, steht der Markt als Symbol für den Bereich freiwilliger individueller Entscheidungen. Hier haben die Menschen Nutzen und Kosten ihrer persönlichen Entscheidungen, sei es über ihre Arbeit oder den Konsum, in den meisten Fällen selbst zu tragen. Deshalb sind sie im Bereich des Marktes aus Eigeninteresse gut informiert und in der Lage, mündige Entscheidungen zu treffen.

Allerdings haben offene Märkte und Freihandel in der breiten Bevölkerung nicht allzu viel Kredit. Für sein Buch *The Myth of the Rational Voter* wertete Caplan

das reichhaltige statistische Datenmaterial aus dem *Survey of Americans and Economists on the Economy* aus. Dort zeigt sich, dass im breiten Publikum Protektionismus populär ist, während Ökonomen, egal von welcher ideologischen Prägung, Protektionismus einmütig ablehnen, weil dieser den Wohlstand schmälert. Caplan nennt vier verzerrte Ansichten über die Wirtschaft («systematically biased beliefs about the economy») in Politik und Publikum:

- «Antimarket bias»: Marktergebnisse sind unfair, Private wollen Gewinn machen, was die Preise erhöht. Tatsache ist: Offene Märkte und freier Wettbewerb haben positive Auswirkungen auf Innovation, Güterqualität und Güterpreise.
- «Antiforeign bias»: Ausländische Konkurrenz zerstört Arbeitsplätze, Handelspartner benützen unfaire Handelspraktiken, Inlandproduktion statt Importe. Tatsache ist: Offene Märkte und internationaler Handel ermöglichen Spezialisierung und dadurch grosse Wohlstandsgewinne für alle.
- «Make-work bias»: Arbeitssparende Prozesse durch mehr Einsatz von Kapital und Technologie zerstören Arbeitsplätze. Tatsache ist: Dynamische Effekte durch Produktivitätssteigerungen erhöhen das allgemeine Einkommens- und Konsumniveau und führen zu erhöhter Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften.
- «Pessimistic bias»: Es wird alles schlechter, überall lauern Risiken, wir haben die Entwicklungen nicht mehr im Griff, unsere Kinder werden es nicht mehr so gut haben wie wir. Tatsache ist: Es gibt insgesamt Fortschritte und Verbesserungen auf fast allen Gebieten – wirtschaftlich, sozial und ökologisch.

Die ersten drei «biases» sind direkt protektionistisch, während der «pessimistic bias» indirekt wirkt, indem er die Bereitschaft zu marktwidrigen Staatseingriffen fördert. So bleibt Vieles in Demokratien im Bereich kollektiven Entscheidens, also politisiert, obwohl es im Bereich individuellen Handelns, also im Markt, besser angesiedelt wäre.

Studenten «dümmer» als Schimpansen?

Gegen die besonders in den reichen Ländern verbreiteten pessimistischen Vorurteile im Sinne von Caplans «pessimistic bias» gab es einen engagierten Aufklärer, nämlich den im Februar 2017 leider verstorbenen Hans Rosling, Professor für internationale Gesundheit am Karolinska Institut der Universität Stockholm und Gründer des Gapminder Instituts. Seine Referate mit bewegten Grafiken über die weltweite Verbesserung der Lebensumstände über lange Zeiträume sind etwas vom Eindrücklichsten, was an Aufklärung über den Entwicklungsfortschritt der Welt je präsentiert wurde. Sein Motto lautete: «Let my dataset change your mindset».

Zu Beginn eines Vortrags schildert Rosling einen Vortest, den er mit seinen Erst-Semester-Studenten gemacht hatte. Er wollte herausfinden, ob er dieser künftigen geistigen Elite überhaupt noch etwas beibringen könne. Im Test mussten die Studenten bei fünf Länderpaaren jeweils das Land mit der höheren Kindersterblichkeit angeben. Die Länderpaare waren so gewählt, dass eines der beiden Länder mindestens die doppelte Sterblichkeit hatte, um statistische Unschärfe auszuschalten:

| | | |
|------------|------|-------------|
| Sri Lanka | oder | Türkei ↑ |
| Polen ↑ | oder | Südkorea |
| Malaysia | oder | Russland ↑ |
| Pakistan ↑ | oder | Vietnam |
| Thailand | oder | Südafrika ↑ |

Mit bloss 1,8 richtigen Antworten von 5 möglichen lieferten Roslings Studenten ein überaus dürftiges Durchschnittsergebnis. Daraus folgerte Rosling, dass sie durchaus noch etwas zusätzliche Bildung brauchten. Doch was ihm erst später plötzlich wie eine Erleuchtung aufging, war dies: Ein Rudel Schimpansen würde im Durchschnitt 2,5 richtige Antworten liefern. Seine Studenten schienen also «dümmer» zu sein als die Schimpansen. So gelangte Rosling in Bezug auf das höchstentwickelte Lebewesen zu einer auch politisch folgenschweren Einsicht: «The problem is not ignorance, but preconceived ideas.»

Der Mensch ist das einzige «Tier», das Vorurteile entwickelt. Doch wenn ausgerechnet Studenten – sogar in einem Test, der thematisch ihrem gewählten Studienfach nahesteht – das Resultat von Schimpansen nicht erreichen, muss man sich fragen, ob nicht gerade unter Menschen, die sich für überdurchschnittlich informiert halten, also unter Intellektuellen, zu gewissen Themen besonders starke Vorurteile, herührend aus unverrückbaren Welt-, Gesellschafts- und Menschenbildern, herumgereicht werden. Solche Leute finden sich auch gehäuft in den Redaktionen der Medien.

Massenmedien als Vorurteilsverstärker

Der verstorbene deutsche Soziologe und Systemtheoretiker Niklas Luhmann schrieb in seinem Standardwerk *Die Realität der Massenmedien*: «Alles, was wir über die Welt wissen, wissen wir durch die Massenmedien.» Aufgrund der Erkenntnisse von Rosling und Caplan über die menschliche Anfälligkeit für Vorurteile schlage ich eine modifizierte Version von Luhmanns Satz vor: «Alles, was wir über die Welt zu wissen glauben, stammt aus den Massenmedien.»

In seinem Buch *Against Democracy* nennt Jason Brennan verschiedene Muster verbreiteter Fehl- oder Vorurteile, so etwa zur Arbeitslosigkeit: «When asked to guess what the unemployment rate was, the majority of voters tend to guess it is twice as high as the actual rate.» Wir beobachten in der Schweiz Jahr für Jahr eine ähnlich von Vorurteilen belastete öffentliche Meinung. Seit 2003 erscheint die Arbeitslosigkeit im *Sorgenbarometer* der Grossbank Credit Suisse jedes Jahr an erster Stelle. In der Umfrage von 2015 gehörte die Arbeitslosigkeit für 51 Prozent der Befragten zu den fünf wichtigsten Problemen der Schweiz – die häufigste Nennung. Das ist für ein Land mit einem bisher gut funktionierenden Arbeitsmarkt und einer stetig steigenden Beschäftigung erstaunlich. Diese verzerrte Problemwahrnehmung wird durch die asymmetrische mediale Vermittlung von Vorgängen auf dem Arbeitsmarkt gefördert.

Berichtet wird einseitig über Betriebsschliessungen, Entlassungen, Personalabbau oder Arbeitsplatzkonkurrenz durch Ausländer, dazu oft emotionalisierend auf persönliche Schicksale fokussiert. Sogar amtliche Verlautbarungen zur Beschäftigung fördern dieselbe einseitige Problemsicht.

Nicht nur berichten die Massenmedien einseitig negativ über die Vorgänge am Arbeitsmarkt, sondern sie liefern überdies noch journalistischen Pfuschi. Die Gratiszeitung *20 Minuten* betitelte ihren Bericht zum CS-Sorgenbarometer 2013 so: «Schweizer haben am meisten Angst um ihren Job.» Im Text dazu stand, die Schweizer fürchteten sich am meisten vor dem Verlust ihrer Stelle. Es geht allerdings in der Umfrage für das *Sorgenbarometer* jeweils nicht um die Angst vor dem Verlust der eigenen Stelle, sondern um die Einschätzung der wichtigsten Probleme der Schweiz. Die Sorge um die eigene Stelle ist ganz und gar nicht dasselbe wie das Problemempfinden über die allgemeinen Beschäftigungsaussichten. Nur sieben Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich vor einer Entlassung innerhalb eines Jahres fürchteten. Und bloss 14 Prozent stuften ihre Stelle als mehr oder weniger unsicher ein. Obwohl somit 86 Prozent der über 13'000 Befragten ihre Arbeitsstelle als sicher betrachteten, nannten 44 Prozent (im *Sorgenbarometer* 2015 sogar 51 Prozent) die Arbeitslosigkeit als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz. Im Schlussbericht des *Sorgenbarometers 2015* steht bezeichnenderweise denn auch folgender Satz: «Während die Sorgen um die Arbeitslosigkeit seit 2013 kontinuierlich anstiegen, schätzt ein sich ebenfalls stets vergrössernder Anteil der Befragten die eigene wirtschaftliche Lage optimistisch ein.»

Dies steht im genauen Gegensatz zu dem oben erwähnten Titel in *20 Minuten*. Was aber bleibt bei den x hunderttausend Pendler-Schnellesern in Zügen, Trams und auf Bahnhöfen als Einziges haften, ausser der falschen Aussage des Zeitungstitels? So werden die verbreiteten Fehltrichter stets von neuem zwischen Publikum und Medien rezykliert und verfestigen sich zu Meinungen, wie sie in der verzerrten Problemsicht im *Sorgenbarometer* seit 15 Jahren ihren Ausdruck finden. Aggregiert man nämlich die Einschätzung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit aller Befragten zu einem Gesamtbild, sieht man sofort, dass ein negatives Vorurteil wirksam ist. Die Leute schätzen die Lage der Anderen viel schlechter ein als sie tatsächlich in der Selbstbeurteilung durch diese Anderen ist. Das politische Ergebnis ist leicht abzusehen: Aus einem fehlgeleiteten Altruismus entwickeln die Menschen Sympathien für eine regulierende Arbeitsmarktpolitik unter dem Titel «Schutz einheimischer Arbeitsplätze» und ähnlichen Schlagworten.

Auch in der ideologisch aufgeladenen Energiepolitik sind durch die Medien verstärkte Vorurteile zu beobachten. Zwei deutsche Medienforscher untersuchten vergleichend die Berichterstattung in Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und der Schweiz unmittelbar nach dem durch das Erdbeben und den Tsunami verursachten Reaktorunfall von Fukushima. Die deutschen und die schweizerischen Medien berichteten im Vergleich zu den britischen und französischen viel weniger über das, was damals am Ort des Unglücks in Japan vor sich ging. Vielmehr benützten sie die «Atomkatastrophe», um über die Konsequenzen im eigenen Land zu schreiben. 90

Prozent der analysierten Artikel in der Schweiz und in Deutschland beschäftigten sich mit einem möglichen Ausstieg oder einem Moratorium für die Kernenergie und gaben dazu Meinungen ab – gemäss den Forschern mit einer deutlichen normativen Prägung gegen die Kernenergie. Die Autoren folgerten, diese Differenzen in der Berichterstattung über «Fukushima» seien sachlich nicht zu erklären, sondern seien mit hoher Wahrscheinlichkeit auf langfristig gewachsene, vorherrschende Einstellungen und Meinungen im Journalismus zurückzuführen.²

Marktskepsis im Demokratieparadies

Die «preconceived ideas» aus Roslings Studententest sind eng verwandt mit Caplans «biases» gegen offene Märkte und Freihandel. Caplan macht aber noch eine einleuchtende Präzisierung zum Wahl- und Abstimmungsverhalten der Leute. Warum sollten die Leute überhaupt Aufwand betreiben, um sich zu beteiligen, wenn doch die einzelne Stimme auf das Endergebnis praktisch keinen Einfluss hat? Wie erwähnt, lautet Caplans Antwort: Weil sie aus der Teilnahme an Abstimmungen emotionalen Nutzen gewinnen. Deshalb setzt die gängige Abstimmungspropaganda auch immer wieder auf die Emotionalisierung einer Sachfrage. Die Leute äussern sich dann nicht über die Sache an sich, sondern symbolisch-emotional über etwas Anderes, ohne Rücksicht darauf, ob ihnen die von ihnen vertretene Position, würde sie eine Mehrheit gewinnen, materiell schaden würde. Dazu bietet das politische System der Schweiz mit den zahlreichen Volksabstimmungen auf allen drei Staatsebenen immer wieder gutes Anschauungsmaterial.

Beispiel Unternehmenssteuerreform III

Als aktuelles Beispiel eignet sich das erfolgreiche Referendum gegen die USR III vom Februar 2017 mit seiner emotionalisierten Propaganda. Dass bezeichnenderweise die ökonomische Perspektive der modernen Finanzwissenschaft die Besteuerung von Unternehmen prinzipiell kritisch sieht, weil diese Investitionen und Beschäftigung beeinträchtigt, spielte in der ganzen politischen Debatte überhaupt keine Rolle, allerdings nicht nur in der Schweiz. Ganz allgemein ist es hierzulande leicht, eine solche Steuerreform als «Steuergeschenk an die Reichen» (jene Wenigen) «auf Kosten des Mittelstands» (wir Vielen) darzustellen. Viele Leute benutzten auch diese Abstimmung, um der ungeliebten SVP und ihrem Finanzminister Ueli Maurer eins auszuwischen.

Nach dem Schiffbruch der Unternehmenssteuerreform III hörte man von verschiedenen Seiten, die zinsbereinigte Gewinnsteuer – ein wichtiges Reformelement der Vorlage – lasse sich dem Volk nicht erklären, also verzichte man besser darauf. Was soll man von dieser resignativen Folgerung halten? Die wohl zutreffendste Erklärung ist wohl diejenige, die sich an Brennans «Pathologie der Demokratie» orientiert: Die meisten Leute sind nicht zu dumm, um die Begründung für eine zinsbereinigte Gewinnsteuer zu verstehen, sondern sie haben schlicht keinen Anreiz, sich darüber

² NZZ vom 25.09.2012

zu informieren. Damit ist aber diese Geschichte noch nicht fertig erzählt. Denn wenn sich die zinsbereinigte Gewinnsteuer dem Volk nicht erklären lässt, dann gilt dieser nüchterne Befund für noch ganz viele andere politischen Gebiete, zum Beispiel in der Energiepolitik oder bezüglich der Mechanik von Rentensystemen. Dort sind die technischen und ökonomischen Zusammenhänge teilweise noch komplexer und schwieriger zu verstehen als die massgeblichen Fakten im Bereich der Fiskalpolitik.

Beispiel Strommarktliberalisierung

Ein besonders eindrückliches Beispiel für den «anti-market bias» beim Schweizer Stimmvolk und für die Bremswirkung der direkten Volksrechte bei Liberalisierungsvorhaben liefert der Strommarkt. Die Schweiz ist das einzige europäische Land, in dem die Marktöffnung durch Referenden bekämpft werden kann. Die Schweiz soll mittlerweile auch das einzige Land in Europa sein, wo der Strommarkt noch nicht vollständig geöffnet ist. Nur Grossverbraucher können den Stromlieferanten frei wählen und von tiefen Marktpreisen profitieren. Kleinverbraucher und Haushalte sind immer noch im Monopol des jeweiligen lokalen Anbieters gefangen und bezahlen nicht günstige Marktpreise, sondern hohe Monopolpreise aufgrund der Gestehungskosten der Anbieterwerke.

Wegen Referendumsdrohungen der politischen Linken, die sich mit den Interessen kommunaler Elektrizitätswerke verbündet, ist in der Schweiz die vollständige Marktöffnung immer wieder hinausgeschoben worden. Der Bundesrat wagt es inzwischen nicht einmal mehr, einen Zieltermin für den zweiten Schritt der Liberalisierung zu nennen. Die krachende Niederlage von Regierung und Parlament im Referendum von 2003 gegen ein Strommarktgesetz für die Marktöffnung in einem Schritt zeigt, was für langfristige Nachwirkungen ein solches Volksverdikt haben kann. Die ideologisch geprägten Argumente gegen die Liberalisierung sind die gleichen geblieben. Beim Schweizer Stimmvolk punktet man mit Widerstand gegen Liberalisierungen, da immer auch das Schreckgespenst «Privatisierung» mitschwingt.

Es scheint paradox, dass die politische Linke, die früher einmal die Interessen der ärmeren kleinen Leute vertrat, heute mit ihrem Widerstand gegen die Strommarktöffnung verhindert, dass diese Schicht der Bevölkerung Stromkosten sparen kann. Erklärbar ist diese Politik aber schon. Ein solcher Spareffekt wäre politisch wenig einträglich, denn kaum jemand würde diesen Effekt einer Marktöffnung der politischen Linken zurechnen. Was aber besonders ins Gewicht fällt: Die Gegner der Strommarktöffnung wollen sich die politische Kontrolle über die Stromwirtschaft, vor allem im Bereich der kommunalen Versorgung, auf Dauer sichern. In den rot-grün beherrschten grösseren Städten operieren die kommunalen Werke als direkt von der Politik beauftragte Vehikel zur Umsetzung einer rot-grünen Energiepolitik.

Eine bloss halb offene Volkswirtschaft

Die OECD-Länderberichte für die Schweiz wiederholen Jahr für Jahr ihre Ermahnung zur Intensivierung des Binnenwettbewerbs und zur verstärkten internationalen Öffnung. Ein aufschlussreiches Bild über die Behinderungen im grenzüberschreitenden Austausch von Dienstleistungen lieferte eine Analyse der OECD. Danach schneidet die Schweiz nur in zwei von 17 Branchen besser ab als der OECD-Durchschnitt. Für die schweizerischen Handelshindernisse gibt es drei hauptsächliche Gründe: Einschränkungen bei der Personenfreizügigkeit, Vorschriften über einen schweizerischen Firmensitz bzw. bezüglich Eigentümerschaft sowie berufliche Zulassungshürden³

Im gleichen SECO-Bericht findet sich die folgende amtliche Relativierung der populären Floskel von der «kleinen offenen Volkswirtschaft»: «Gegeben die geografischen Gegebenheiten mit vielen wirtschaftsstarken Volkswirtschaften in unmittelbarer Umgebung – das heisst einer potenziell hohen Nachfrage nach Schweizer Produkten und der vergleichsweise geringen Grösse der Schweiz, welche kaum eine Spezialisierung in allen Sektoren der im Inland konsumierten Produkte ermöglicht und deshalb den internationalen Warenaustausch notwendig macht – erscheint der internationale Warenaustausch im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Produktion jedoch vergleichsweise gering zu sein.»

In der Schweiz besitzt die politisch mündige Bevölkerung die Macht, Kompetenzen nicht nur zwischen verschiedenen politischen Akteuren, Institutionen oder Staatsebenen zu bestimmen oder zu verändern, sondern auch zwischen Staat und Markt. Das Ergebnis dieser Kompetenz-Kompetenz in Bezug auf die Abgrenzung zwischen Staat/Politik und Markt lässt sich anhand verschiedenster Erfahrungstatsachen so zusammenfassen: Wir haben zwar, zumindest nach eigener Auffassung, mehr Demokratie als praktisch alle anderen vergleichbaren Länder, dafür haben wir aber auch weniger Markt als die meisten anderen.

Zwischen «mehr Demokratie» und «weniger Markt» besteht ein Zusammenhang, was in einer vertieften ländervergleichenden Betrachtung der folgenden mehr oder weniger stark politisierten Bereiche der schweizerischen Volkswirtschaft gut sichtbar wird: Bildung/Schule, Energie/Strommarkt, Landwirtschaft, Medien, Postmarkt oder Verkehr. Alles was in der Volkswirtschaft durch das Zauberwort «Service Public» veredelt wird, genießt beim Stimmvolk grosse Sympathie. Referenden gegen Liberalisierung und Privatisierung haben in der Regel hohe Erfolgsaussichten. Zudem gibt es unter plebiszitärem Druck einen Trend zu mehr Staat, Regulierung und Umverteilung in Bereichen, die im Vergleich zu anderen Staaten bisher noch als relativ liberal gelten: auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen, in der Altersvorsorge und auf dem Wohnungsmarkt.

³ SECO (2015): Strukturberichterstattung Nr. 54/5

Schleichende «Sozialdemokratisierung»

Faktisch wurden in den vergangenen Jahrzehnten unsere westlichen Demokratien durch schleichende Trends zu mehr Staat, mehr Regulierung und mehr Umverteilung «sozialdemokratisiert». Unsere Wohlfahrtsstaaten sind zu gewaltigen intransparenten Maschinerien staatlicher Regulierung und Umverteilung verkommen. Symptome der weit fortgeschrittenen «Sozialdemokratisierung» sind in der Schweiz etwa folgende:

- Die effektiv auf über 40 Prozent angeschwollene Staatsquote;
- die unaufhaltsame Expansion der Sozialausgaben und die damit verbundene Verdrängung anderer Staatsaufgaben;
- die stetig wachsenden Personalbestände in staatlichen und staatsnahen Sektoren;
- immer mehr staatsnahe Berufe in den Parlamenten;
- die immer dichtere Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft;
- über 50 Prozent direkt oder indirekt staatlich administrierte Preise;
- der verbreitete Glaube, nur progressive Einkommens- und Vermögenssteuern seien gerecht und mit dem Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vereinbar;
- ein ausschliesslich auf staatlichem Zwang und wachsender Bürokratisierung beruhendes System der Altersvorsorge, das die Bereitschaft und die Möglichkeiten der privaten individuellen Vorsorge untergräbt;
- grosse Widerstände gegen die Liberalisierung und Entstaatlichung von politisierten Sektoren der Volkswirtschaft wie Schule/Bildung, Gesundheit, Strom, elektronische Medien, Altersvorsorge etc.;
- die vom Stimmvolk klar abgesegnete planwirtschaftliche und auf Illusionen bauende Energiestrategie 2050, die bezeichnenderweise am meisten Unterstützung von der politischen Linken erhält;
- eine nicht nachhaltige Rentenreform, die die stossende Umverteilung zugunsten der Älteren auf Kosten der Jungen noch verstärkt – was sich wiederum als Konzession an die politische Linke durchgesetzt hat;
- die unselige Dominanz des Staates in den Bereichen Bildung/Forschung sowie (elektronische) Medien, die eine unabhängige Aufklärung des Publikums über so wichtige Themen wie den Klimawandel oder die Gentechnologie in der Landwirtschaft nicht zulässt, sodass sich eine links-grüne Deutungshoheit durchsetzen konnte und zur offiziellen Politik wurde;
- die zunehmende Moralisierung der Politik unter dem Druck von Lobbies der sogenannten Zivilgesellschaft, einem diffusen Gebilde selbsternannter Verteidiger «öffentlicher Interessen», das überwiegend aus kapitalismuskritischen NGO besteht.

Im Zuge all dieser Trends ist die Einsicht verloren gegangen, dass staatliche Aktivität, die über die Bereitstellung ökonomisch stringent definierter öffentlicher oder

meritorischer Güter und über zurückhaltende Eingriffe zur Korrektur von Marktversagens hinausgeht, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung mindert.

Mehr Markt statt noch mehr Demokratie

Ein Blick auf das Weltgeschehen zeigt: Die westliche Demokratie ist in der Krise. Die von Wahlopportunismus getriebene Politik läuft auf ihren selbst produzierten Problemen auf: hohe Staatsverschuldung, Überforderung der Sozialsysteme, anämisches Wachstum, unkontrollierbare Immigration etc. Bei den Anhängern des EU-Projekts lautet das Lösungswort für alle EU-Probleme seit Jahren «mehr Bürgernähe, mehr Demokratie». Was in der EU seine Berechtigung hat, muss aber für die bereits sehr «durchdemokratisierte» Schweiz nicht unbedingt gelten.

Doch auch bei uns laufen die politisch-institutionellen Trends in Richtung von «noch mehr vom Gleichen». Eine noch gesteigerte plebiszitäre Demokratie ist aus der erleichterten Nutzung der direkten Volksrechte zu erwarten. Die Entwicklung von Online-Plattformen neuester Technologie zur Sammlung von Unterschriften wird einerseits die Kosten der Lancierung von Initiativen und Referenden nochmals deutlich senken. Andererseits laden solche neuen Möglichkeiten auch dazu ein, die politische Agenda mit spontanen «Bürgeraktionen» zu befrachten. Es droht eine Entwicklung hin zu Dauerplebisziten per Mausklick. Ohne hier über die möglichen Folgen weiter spekulieren zu wollen, scheint es mir nur logisch, dass die Übersichtlichkeit und die Steuerbarkeit des politischen Prozesses weiter abnehmen wird.

Nun wird man fragen: Geht es Ländern mit anderen demokratischen Systemen besser? Den Briten mit ihrer alten parlamentarischen Demokratie? Oder den Franzosen mit ihrem Präsidialsystem? Oder den Deutschen mit ihrem repräsentativen Mischsystem? In einem solchen Vergleich liegt aber nicht der wesentliche Punkt. Churchills oben zitiertes Bonmot über die Demokratie als die schlechteste aller Staatsformen mit Ausnahme aller anderen gilt für alle Demokratien, auch die schweizerische mit ihren Sonderfall-Institutionen. Aber die Kritik von Bryan Caplan an Churchills Ausspruch gilt ebenfalls für alle Demokratien: Die vernünftige Alternative zur Demokratie (bzw. zu Staat und Politik) ist in vielen Fällen nicht irgendein autoritäres System, sondern der Markt.

Diese von Ökonomen favorisierte Einsicht in der Bevölkerung vermehrt zu verbreiten, ist in der Schweiz nachhaltig erschwert. Wir leben in einem Land, in dem das ganze Bildungswesen bis hinauf zu den Hochschulen weitestgehend von staatlichen Akteuren dominiert wird und in dem die einflussreichsten elektronischen Medien ebenfalls von Staates Gnaden eingerichtet sind. Das hat selbstverständlich Folgen für die inhaltlichen Tendenzen der politischen Kommunikation in der Gesellschaft. Die Folge daraus ist klar: Das Stimmvolk kann zwar mitreden, aber für wirtschaftliche Liberalisierungen sind wegen den genannten «biases» gegen den Markt keine Mehrheiten zu gewinnen.

Trotzdem steht die Schweiz mit ihrem föderalistisch-dezentralen System mit halbdirekter Demokratie noch besser da als praktisch alle anderen demokratischen

Länder. Dieses Urteil beruht auf einem Vergleich mit anderen Demokratien westlicher Art. Man bewegt sich somit institutionell im Rahmen demokratischer Systeme. Diese leiden alle unter den gleichen grundsätzlichen Fehlentwicklungen: Der Staat, seine Bürokrationen und die staatliche Regulierung expandieren, beschneiden die Sphäre der individuellen Freiheiten, greifen immer mehr in private Eigentumsrechte ein, und alle haben die Neigung zur Biegung von selbst gesetzten Regeln aus politischem Opportunismus. Da bildet auch die Schweiz keine Ausnahme. Eine Rückbesinnung auf die Idee einer wirklich liberalen Gesellschaft, in der jede staatliche Aktivität strikt nach den Kriterien der Subsidiarität und den Regeln des liberalen Rechtsstaats begründet werden muss, ist auch bei uns nicht in Sicht. Unsere jederzeit änderbare Verfassung wird heute im politischen Mainstream als Katalog staatlicher Tätigkeiten verstanden und nicht mehr als Begrenzung des öffentlichen Bereichs und zum Schutz des Individuums vor dem Zugriff des Staates.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2017, Liberales Institut.